„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.

Der Bezugspreis für die an jedem Mittwoch erscheinende Ausgabe von 12 bis 24 Seiten beträgt jährlich $2.50 bei Vorausbezahlung. Versandpreis nach dem Auslande $3.50.

Man schreibe an den „Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., oder komme persönlich in unsere Geschäftsräume und Druckerei: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen

Anzeigen haben den größten Erfolg. Nachweislich 19,407 Leser.

Anzeigenraten auf Verlangen mitgeteilt.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"THE COURIER"
IS THE LEADING CANADIAN PAPER IN THE GERMAN LANGUAGE.

Subscription price for the regular issue of from 12 to 24 pages, appearing every Wednesday, $2.50 yearly in advance only.

Address: "The Courier", 1835 Halifax Str., Regina, Sask., or call at our offices and printing plant, 1835-1837 Halifax St. Regina, Sask.

"Ads" are always successful, as "The Courier" is by far the best medium to reach the many thousands of prosperous German-Canadians in cities and country districts throughout the Canadian West.

German-speaking farmers are progressive and possess an enormous buying power. You want this trade! Advertise in "The Courier". Sworn Circulation 19,407 paying Subscribers. Advertising rates on application.

16. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 23. Mai 1923 | 12 Seiten | Nummer 29

Neues Gutmachungs-Angebot in Aussicht

Alle Parteien stehen hinter Cunos Kabinett

Berlin, 22. Mai. — Während auf der offenen politischen Bühne viel Geräusch und Wirrwarr herrscht und die verschiedensten Meinungen sich nach vorne ins volle Lampenlicht drängen, wird hinter den Kulissen in aller Ruhe und Stille, aber in großer Geschäftigkeit gearbeitet. Wie aus bester Quelle verlautet, ist man dort bereits energisch mit der Ergänzung des deutschen Gutmachungs-Angebots beschäftigt, um, nach des Kanzlers Wort, allen berechtigten Wünschen entgegenzukommen.

Zu gleicher Zeit ist der deutsche Botschafter Dr. Sthamer in London rührig. Er bemüht sich dort um eine Klärung der allgemeinen Situation und im besonderen um Aufklärung darüber, was die britische Regierung eigentlich wolle oder vorhabe.

Daß ein neues deutsches Angebot erfolgen wird, kann als sicher betrachtet werden. Der Reichskanzler hat die Führer der Parteien empfangen und der Austausch der Meinungen hat deren Uebereinstimmung dahin ergeben, daß die überwältigende Mehrheit des Reichstags und des gesamten Volkes das Regierungs-Programm mit dem Plan eines neuen Angebots billigt.

Das Zentrum hat denn auch bereits solche Billigung in einem ausdrücklichen Beschluß ausgesprochen. Zugleich weist dieser Beschluß den Vorstoß der Linken gegen die Regierung mit der ausdrücklichen Feststellung der Auffassung zurück, daß keine andere als die jetzige Regierung berufen sei, die schwierige Aufgabe, aus dem Labyrinth der Gutmachungsfrage einen Ausweg in die Lösung zu finden, zu erfüllen.

In dieser Auffassung sind sich alle bürgerlichen Parteien einig.

Im Reichstag fand eine kurze Debatte über die Ausland-Politik statt. In ihrem Verlauf wurde von neuem offenbar, daß die Parteien entschlossen sind, die Einheitsfront unter allen Umständen aufrecht zu erhalten.

Namens der vereinigten Sozialisten gab der Abgeordnete Müller die Erklärung ab, daß seine Partei niemals vor der Gewaltpolitik Frankreichs kapitulieren werde. Die Mitte gibt der Regierung vollständig freie Hand.

In einer gedrängten Darlegung der Lage, wie sie durch die Ablehnung des jüngsten deutschen Gutmachungs-Angebotes seitens der Alliierten verursacht worden ist, erklärte der Außenminister Frhr. v. Rosenberg: „Die Regierung ist sich ihrer Verantwortung vollauf bewußt. Sie geht den Weg der Pflicht, welchen das Interesse des Volkes vorschreibt."

Die Forderung des Sozialistenführers Müller gilt allgemein als der erste Schuß in der Kampagne der Radikalen für die Ausnützung der Großbetriebe im Zusammenhang mit inneren Umlagen für Gutmachungszwecke. Ihr Ziel ist die Mobilisierung aller Produktiven Einheit des nationalen Wirtschaftskörpers in Form von Kapitalabgabe oder Besteuerung der Produktion. Es bedeutet ein scharfes Verfahren der Belastung von Groß- und Klein-Industrie, Handel, Banken, Schiffahrt, Landwirtschaft und Grundbesitz und wird ferner eine zwangsweise Besteuerung der Privatbesitz-Klassen vorsehen.

Inbezug auf Grundeigentum und Ackerland-Besitz soll die vorgeschlagene Umlage die Form einer ersten Hypothek auf Goldbasis erhalten. Andere produktive Betriebe werden nach dem Umfang ihrer Gütererzeugung besteuert werden. Auch diese Umlagen wird die Regierung auf Goldbasis vornehmen.

Diese „Abrechnung zwischen Kapital und Arbeit" wird als eine Entschädigung für das mutige Durchhalten der Ruhrarbeiter in ihrem passiven Widerstand betrachtet.

„Es ist das Pfund Fleisch der Arbeiterschaft", sagt ein radikaler Führer.

Enorme Beute des neuen Raubzuges der Franzosen.

Berlin, 22. Mai. — Mit der Besetzung der vier deutschen Farben- und Chemikalien-Anlagen, unter diesen die Badischen Anilinwerke bei Ludwigshafen und die Höchster Werke bei Frankfurt a. M., haben die französischen Einbrecher einen Raubzug großen Umfangs eröffnet.

Seit der Verhängung der Sperre über diese Anlagen sind bereits Erzeugnisse im Werte von Milliarden fortgeschleppt worden. Der Raubüberfall wurde zur Nachtzeit, während die Arbeiter abwesend waren, ausgeführt. Das beweist die Feigheit der Vergewaltiger und zeugt zugleich für das Bewußtsein ihrer Schuld an dem in den Kruppwerken Essens meuchlerisch vergossenen Blut.

Außer Farben besteht die Beute aus Salvarsan, Diphtherie-Serum und anderen Erzeugnissen der betreffenden Fabriken.

Entsetzliche Schandtat eines französischen Offiziers.

Aus dem Eindruchsgebiet kommt die Meldung von einer weiteren Scheußlichkeit, welche so ungeheuerlich ist, daß sie die ganze Welt nun endlich gegen das Verhalten der Franzosen in Harnisch bringen sollte.

In Habinghorst, einem Dorf im westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg, Kreis Dortmund, drangen acht Spahis, afrikanische Reiter der französischen Kolonialarmee, unter Führung eines Offiziers, eines weißen Franzosen, in die Wohnung des Bergmanns Frankoniak und verhafteten ihn. Dann ergriffen sie die Ehefrau Frankoniaks, welche ihnen die Tür geöffnet hatte, und schleppten sie in das Schlafzimmer. Dort ereignete sich die Scheußlichkeit, welche so abschreckend ist, daß sie nur angedeutet werden kann. Mit vorgehaltenem Revolver überwältigte der Offizier die Unglückliche, um sie dann für drei der Spahis als Opfer zurückzulassen.

Man fragt sich hier, was die Welt, die früher den Mund so voll von Menschlichkeit und Zivilisation genommen hat, zu dieser beispiellosen Schandtat sagen wird.

Gefängnisurteile gegen Krupp-Direktoren bestätigt.

Düsseldorf, 22. Mai. — Das Revisionsgericht bestätigt die Urteile, welche ein Kriegsgericht unlängst über Dr. Krupp von Bohlen und die andern Krupp-Direktoren wegen Aufreizung zum Widerstand gegen die Franzosen in der Krupp-Fabrik zur Zeit der Schießerei am 31. März verhängt hat. Die Verurteilten werden nach Gefängnissen in Frankreich überführt, während ihre Verteidiger beim Kassationshof Berufung einlegen. Das Gericht gewährte Müller, Mitglied des Fabrikrats, zu gleicher Zeit wie die Krupp-Beamten prozessiert und sechs Monaten verurteilt, einen nochmaligen Prozeß. Der Antrag auf einen nochmaligen Prozeß von Krupp von Bohlen und der andern Direktoren stützte sich auf elf Gründe. Der Hauptgrund war Unzuständigkeit des Gerichts in Werden, weil die Besetzung der Ruhr unter dem Vertrag von Versailles rechtswidrig sei.

Das Todesurteil gegen Albert Slageter, den früheren preußischen Offizier, ist vom Revisionsgericht bestätigt. Er wurde wegen Spionage und Sabotage verurteilt und von den Franzosen beschuldigt, der Führer der „Mörderbande" zu sein. Dies war das erste Todesurteil seit Besetzung der Ruhr. Schlageters Verteidiger wird versuchen, seinen Fall vor den Kassationshof zu bringen.

(Fortsetzung auf Seite 5.)

Verlangen Verständigung mit Rußland

Fast alle Parteien im britischen Parlamente verlangen Verständigung mit Rußland

London, 22. Mai. — Während Leonid Krassin, der von der Sowjet-Regierung gesandt ist, eine Verständigung mit England zu bewerkstelligen, in der Gallerie saß, machte Ramsay MacDonald, der Leiter der Arbeiterpartei im Hause der Gemeinen, einen heftigen Angriff auf die Regierung wegen deren Verhalten gegen Rußland. Er erklärte, daß 100,000,000 Pfund in erfolgloser Bekämpfung der Sowjetregierung verausgabt worden seien, was nicht notwendig gewesen sein würde, wenn England die richtige diplomatische Vertretung in Moskau gehabt habe, und verlangte Erneuerung normaler Beziehungen. Nachdem Unter-Staatssekretär Ronald MacNeill verkündet hatte, daß die Regierung willens sei, mit Krassin zu verhandeln, erklärten Lloyd George und Asquith, daß der Streit zwischen den zwei Mächten ein nicht zu beschreibendes Unglück sei. Lloyd George sagte, es bestehe kein Unterschied zwischen dem zaristischen und dem Sowjetrußland, was auswärtige Politik anbetreffe, und allmählich werde der Bolschewist sich zum alten russischen Imperialisten entwickeln. Asquith bezeichnete die Entrüstung in England über Rußland als schamlose Heuchelei, Redner aller Parteien, außer einigen Tories, gaben zu verstehen, daß eine Verständigung mit Rußland gewünscht werde und daß man keinen Krieg haben wolle.

„Wheat Board" noch immer in Frage

Von Ottawa kommt folgende ziemlich unbestimmt gehaltene Nachricht:

„Ob dies Jahr ein „Wheat Board" die Ernte vermarkten wird, ist noch immer eine ungelöste Frage."

Vor einem Jahr war in parlamentarischen Kreisen der „Wheat Board" eine ausgesprochene Forderung, wenigstens vonseiten der Progressiven. Heute wird die Sache kaum erwähnt und man hört ziemlich oft die Ansicht ausgesprochen, daß wir heuer ebensowenig wie letztes Jahr einen „Wheat Board" bekommen werden. Die Regierung nimmt denselben Standpunkt ein wie letztes Jahr. Sie wird die gesetzliche Maschinerie in Tätigkeit setzen und sie den Provinzen übergeben, um das Personal für den „Board" zu besorgen. Es haben aber nur zwei Provinzen um einen „Wheat Board" ersucht, nämlich Saskatchewan und Alberta, da Manitoba es abgelehnt hat, dies Jahr dem „Board" beizutreten."

„Verschiedene Progressive im Parlament sind der Ansicht, daß man dieses Jahr ebensoviele Schwierigkeiten, wie letztes Jahr, erwartet, passende Männer zur geschäftlichen Leitung des „Wheat Boards" zu bekommen. Wenn man keine passenden Männer, die das Vertrauen des ganzen Volkes haben, bekommen kann, so hält man im allgemeinen dafür, daß die ganze Sache ein gewagtes Unternehmen ist. So ist also die ganze Sache heute noch in nebelhafter Ferne."

So weit die Nachricht, die nicht sehr vertrauenerweckend klingt. Bekanntlich hatten die Premierminister von Saskatchewan und Alberta kürzlich eine Konferenz, um den von den Legislaturen ausgesprochenen Wunsch betreffs Einrichtung des Boards zu besprechen. Wir haben bis jetzt noch nicht erfahren, was auf dieser Konferenz beschlossen wurde, können aber sicher sein, daß die Herren ihr Bestes tun, um den Volkswillen zu erfüllen. Denn das ist ja ihre einfache Pflicht und Schuldigkeit.

Wahrscheinlich aber werden die Herren bald der Oeffentlichkeit mitteilen, was im Gange ist, denn die Zeit eilt und es heißt, daß der ganze Getreidemarkt bereits mehr oder weniger desorganisiert ist, weil weder der Farmer noch die Getreidefirmen (also Verkäufer und Käufer) nicht wissen, woran sie sind. Es heißt auch, daß die Unsicherheit auf dem Getreidemarkt jetzt die Preise herunterdrückt. Darum ist es als ziemlich sicher anzunehmen, daß wir bald etwas Bestimmtes hören werden.

Ueberfluß an Getreide in Rußland

Moskau, 15. Mai. — Zu viel Brot wird in diesem Jahre voraussichtlich Rußlands Schwierigkeit sein. Von 1917 bis 1922 war Brot in Rußland das kostbarste Ding. Ein Bauer konnte mit einem kleinen Sack mit Getreide nach Moskau wandern und ihn für ein Klavier oder sonst etwas verkaufen, das die hungrigen Städter anzubieten hatten. Jetzt könnte der gleiche Bauer Rußland von einem Ende zum anderen durchwandern und für den gleichen Sack mit Getreide noch nicht ein Taschenmesser erhalten. Wenn die Ernte dieses Jahr den Erwartungen entspricht, so wird Rußland einen Ueberschuß an Getreide haben, welcher im Ausland verkauft werden könnte. Aus einem Land, das vor kaum 18 Monaten um Krusten bettelte, wurde Rußland zu einem Gemeinwesen, das in wenigen Monaten mit Weizen und Roggen überschwemmt sein dürfte. In Saratow, in der Nähe von Gemeinwesen, wo Hungersnot bestand, wird Roggenmehl jetzt um weniger als 25 Cents das Pud — 36 Pfund — verkauft. In Samara, dem Distrikt, in welchem vor einem Jahre sogar Fälle von Menschenfresserei vorkamen, bringt Roggen kaum 40 Cents das Buschel. In Moskau machten die Beförderungskosten die Preise natürgemäß höher, etwa doppelt so hoch als die herrschenden Preise in den großen Produktionsgegenden. Sibirien, einst die Getreidekammer, aus welcher Weizen nach Westeuropa geströmt ist, schnitt bei der Ernte letztes Jahr nicht so gut ab und die Preise sind dort höher. In Odessa und Kiew, im südlichen Weizengürtel, kostete aber Weizen unter 70 Cents das Bushel. Durch die Erhebung von Steuern hat die Sowjetregierung eine Getreidereserve von nahezu 200,000,000 Bushel angesammelt. Ein Teil davon wird zur Ernährung des Heeres verwandt. Wenn der Hauptteil des Getreides aber nicht ausgeführt werden kann, so weiß die Regierung nicht, was sie damit anfangen soll.

Schaffung einer großen Arbeiter-Partei in Amerika

New York, 22. Mai. — Die Hauptaufgabe für die heute beginnende Nationalversammlung der sozialistischen Partei ist der Versuch, die Grundlage für eine amerikanische Arbeiterpartei, der britischen ähnlich, zu schaffen. Sie soll alle sozialistischen und vorgeschrittenen liberalen wirtschaftlichen und politischen Gruppen des Landes umfassen. Wie der Sekretär Otto Branstetter sagt, soll die neue Organisation die jetzige sozialistische Partei, die parteilose Liga, die Farmer-Arbeiterpartei, die großen Gewerkschaften des Bergbaues, der Bahnen, des Bekleidungsgeschäfts und anderer Industrien, kooperative Verbände und liberale Gruppen einschließen. In der neuen Partei würde jede der Mitgliedergruppen ihre Selbstständigkeit behalten. Nach Darlegung von Branstetter würde die Organisation der britischen Partei genau nachgeahmt.

Senator Borah spricht die Wahrheit

St. Louis, 22. Mai. — Wie Bundessenator Borah in einer Rede erklärte, können die Ver. Staaten nicht dem Weltgericht beitreten und dem Völkerbund fernbleiben. Beide Einrichtungen seien durch Fesseln, die nicht zerbrochen werden können, mit einander verkettet.

Borah fuhr fort: „Man kann nicht zugleich Gott und dem Mammon, dem Guten und Schlechten dienen. Man kann nicht die Liga widerstreben, weil sie gefährlich ist und zu Gunsten des Gerichts sein, denn das Tribunal kann ohne die Liga nicht bestehen." Der Senator wies darauf hin, daß der Völkerbund Kriege nicht verhindert habe.

„20 Kriege seit Völkerbund"

Die Männer, welche den großen Krieg herbeigeführt, sagte Borah, erzeugten sei der Gründung des Völkerbundes mehr als 20 Kriege. Kaum 20 Männer führten den Weltkrieg herbei. Keine Nation, bemerkte Borah, war für jenen Krieg verantwortlich. Der Völkerbund habe nicht bloß seinen Zweck verfehlt, sondern in indirekter Weise Krieg verursacht. Es war ein Ligamitglied, sagt Borah, welches Griechenland zum Krieg reizte und dann in seiner Demütigung und Niederlage im Stiche ließ.

Letzte Nachrichten

Ottawa. — Die Abstimmung über das Budget wird für Mittwoch Abend erwartet und dem Resultat wird im ganzen Lande mit großer Spannung entgegengesehen. In Regierungskreisen wird behauptet, daß der progressive Zusatzantrag mit großer Majorität abgelehnt werden würde, da Liberale und Konservative nahezu einstimmig gegen Forke's Amendment stimmen würden.

Ottawa. — Der Progressive E. R. Hopkins von Moose Jaw hielt seine Jungfernrede im Parlament. Er erklärte, daß der Westen schwere Tage durchmache. Es sei die Pflicht des Parlaments, darauf zu sehen, daß jedermann seinen gerechten Anteil an den nationalen Bürden des Landes trage. Canada sei noch nicht am Punkte des Wiederaufstieges angelangt.

St. Johns, N.F. — Der C.P.R. Dampfer Marvale stieß in der Nähe von Trepassey an der Südküste Neufundlands auf einen Felsen. Sämtliche Passagiere und Mannschaften konnten glücklich gelandet werden. Es befanden sich 436 Personen an Board.

Moskau. — Es verlautet unoffiziell, daß Leonid Krassin, Sowjet-Rußlands Vertreter in London, von seiner Regierung den Auftrag erhalten hat, der britischen Regierung mitzuteilen, daß sie dem britischen Ultimatum in keiner Weise nachzugeben gedenke. Dagegen drängt Rußland auf Verhandlungen.

Saarbrücken, Deutschland. — Der französische Franc ist von der Saar-Kommission als gesetzliches Zahlungsmittel für das Saartal, beginnend mit dem 1. Juni, autorisiert worden.

London. — Der Daily Herald (Labor) meldet, daß die Marinebehörden Vorbereitungen treffen, eine Flotte von leichten Kreuzern und Minenfegern nach russischen Gewässern zu senden. Die Zeitung erklärt ferner, daß Großbritannien sich auf mehr als einen bloßen diplomatischen Bruch mit Rußland vorbereite.

Frachtraten auf den Großen Seen

Die vom Parlament ernannte Kommission zur Untersuchung der Frachtraten auf den Großen Seen hat ihre Arbeit beendet und einen umfangreichen Bericht eingebracht. Die Kommission hat festgestellt, daß eine Kombination resp. ein Trust der Schiffsbesitzer bestand, welche die Frachtraten kontrollierte und ungehörlich hochsetzte. Bekanntlich waren die Frachtraten auf den Seen so hoch, daß der Gewinn, den die Farmer durch Wiedereinführung des Crows Nest Paß Agreement hatten, dadurch wieder aufgehoben wurden. Die Profite gingen damit in die Tasche der Schiffseigentümer anstatt in die der Farmer, in dessen Tasche sie hätten gehen sollen. Die Kommission hat nun empfohlen, daß die Eisenbahn-Kommission die Frachtraten auf den Seen kontrollieren soll, wie sie die Bahnraten festsetzt resp. unter Kontrolle hat. Wenn die Regierung nun energisch in den von der Kommission angegebenen Richtungen vorgeht, sollten die übermäßig hohen Seeraten dies Jahr dem Farmer nicht wieder einen Teil seines sauer verdienten Lohnes aus den Händen reißen.

Viele Deutsche wandern nach Ver. Staaten aus

Berlin, 22 Mai. — Die Auswanderung aus dem Deutschen Reich nimmt immer größere Ausdehnung an, was angesichts der mißlichen wirtschaftlichen und politischen Zustände des Landes nicht zu verwundern ist, wo bei den hohen Passage-Preisen die Leute das Geld zur Bestreitung der Kosten hernehmen. Tatsache ist indeß, daß gar viele Deutsch-Amerikaner ihren Verwandten in Deutschland das Geld oder das Reisebillet schicken, um ihnen die Ueberfahrt nach dem „Gelobten Land" Amerika zu ermöglichen. Diese „Wanderlust" macht sich besonders unter den Schwaben bemerkbar, die unter den deutschen Stämmen immer als Zugvögel gegolten haben. Wie die vorliegende Statistik ergibt, sind im Monat April allein 3500 Württemberger nach Amerika ausgewandert. Das Reiseziel, der meisten dieser Leute waren die Ver. Staaten.

Reparations-Projekte schneller als erwartet, verwirklicht

Paris, 22. Mai. — Nach den Berichten verschiedener Reparations- und Rehabilitierungs-Büros wird bis Ende des nächsten Jahres der durch den Weltkrieg in den Kampfgebieten angerichtete Schaden wieder gutgemacht sein, mit Ausnahme der Kathedralen und anderer historischer Gebäude, die nie wieder ersetzt werden können.

Wie schnell die Arbeiten fortgeschritten sind, davon gibt ein kürzlich veröffentlichter Bericht eine Idee, nach dem von 741,993 zerstörten Häusern 553,977 wieder aufgebaut worden sind. Mehr als 4,000,000 Bewohner, die seiner Zeit die Flucht ergreifen mußten, sind wieder unter Dach und Fach untergebracht. Viele Felder, auf denen die Schlachten des Krieges geschlagen wurden, sind aber noch von Schützengräben durchfurcht, und auf vielen Bergabhängen sind die verrosteten Drahtverhaue noch nicht entfernt worden.

Anschlag auf Kanzler Seipel war geplant

Wien, 22. Mai. — Große Erregung verursachte hier die Nachricht, daß ein Mordattentat gegen den österreichischen Bundeskanzler Prälat Dr. Seipel während seines kürzlichen Aufenthaltes in Salzburg geplant war. Die Polizei kam dem Komplott noch rechtzeitig auf die Spur, um den Anschlag vereiteln zu können. In Verbindung mit der Mordverschwörung sind drei Kommunisten verhaftet worden.

Kanzler Seipel hat sich durch seine politischen Ziele, die zu der internationalen Anleihe für Oesterreich und zu eingreifenden Reformen in der Finanzwirtschaft und Staatsverwaltung führten, in Kreisen der Radikalen verhaßt gemacht.

Russen drängen sich zu den Waffen

Moskau, 22. Mai. — Hunderte von Russen in den Provinzen bieten der Sowjetregierung im Fall eines Kampfes ihre Dienste an. Die Presse schlachtet beständig die Möglichkeit aus, daß aus dem Streit mit Großbritannien ein Krieg hervorbrechen kann.

Premier Bonar Law resigniert

London, 22. Mai. — Premier-Minister Bonar Law hat seinen Posten krankheitshalber niedergelegt. Er sandte seine Resignation an den König ein, da er nicht imstande war, sie persönlich zu überreichen.

So kommt die kurze aber ereignisreiche Premierschaft des in Canada geborenen Ersten Ministers des britischen Parlaments zu Ende, ohne daß eine Reihe wichtiger Fragen erledigt worden sind. Die wichtigsten davon sind die Beziehungen zu Frankreich, das gespannte Verhältnis zu Rußland und die zweite Lausanner Friedenskonferenz.

Wahrscheinlich wird Marquis Curzon, der neue Premier-Minister werden. Damit würde ein echter, alter Konservativer ans Ruder kommen, ein Mann, von dem man erwarten könnte, daß er in ruhiger und weitsichtiger Weise an die großen unerledigten Probleme herantreten wird. Seine lange parlamentarische und politische Erfahrung sollten ihm zustatten kommen.

Einreise nach Deutschland

Berlin, 22. Mai. — Vom Auswärtigen Amt wird folgendes mitgeteilt: „Nach amtlicher Auskunft besteht keine Einreisesperre nach Deutschland. Anders lautende Nachrichten sind falsch, ebenso wie die Warnung des britischen Außenministeriums vor Reisen nach Deutschland unbegründet ist. Deutschland hat nur berechtigtes Verlangen, unerwünschte Elemente fernzuhalten. Einwandsfreien Geschäftsleuten, Touristen, Besuchern deutscher Kur- und Badeorte, Teilnehmern an Kongressen usw. werden für Einreise und Aufenthalt in Deutschland keine Schwierigkeiten bereitet. Amerikaner sind nach wie vor willkommen und guter Aufnahme sicher. Es wird ihnen empfohlen, bei der deutschen Vertretung in Amerika (Konsulate) Dauersichtvermerke für sechs Monate zu nehmen."

Neuer Krieg zwischen Griechenland und Türkei für möglich gehalten.

Konstantinopel, 22. Mai. — Im General-Hauptquartier wurde hinter verschlossenen Türen die Möglichkeit des Ausbruchs eines neuen Krieges zwischen Griechenland und Jugoslawien auf der einen, und der Türkei und Bulgarien auf der anderen Seite erörtert.

Räuber lassen die Gefangenen frei

Peking, 22. Mai. — „Alle Gefangenen freigegeben." Diese dunkel gehaltene Depesche machte der Beängstigung der letzten Woche ob des Schicksals der über hundert zählenden Passagiere des Peking-Suchow-Expreßzugs, der am Sonntag, den 6. Mai, von chinesischen Banditen angehalten wurde, ein Ende. Keine Einzelheiten sind soweit eingetroffen, doch wird angenommen, daß alle die Forderungen, welche die Banditen an die chinesische Regierung gestellt haben, befriedigt worden sind.

Frankreichs Ruhrkosten

Paris, 22. Mai. — Die Besetzung des Ruhrgebiets hat nach amtlichen Zahlen, die in Paris bekannt gegeben werden, Frankreich seit 11. Januar 231,000,000 Franken gekostet; die Regierung beabsichtigt, in der Deputiertenkammer um eine außerordentliche Bewilligung in dieser Höhe einzukommen. Von dem Betrag fallen 97 Millionen Franken auf rein militärische, 133 Millionen auf Verwaltungs-Ausgaben.

Canadische Behörden wollen über Grenze kommende Verbrecher mit Maschinengewehren empfangen

Winnipeg, Man. — Die Behörden der canadischen Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta planen, wie in Winnipeg, Man., mitgeteilt wird, mit Scharfschützen, Maschinengewehren und Handgranaten an der Grenze gegen die Ver. Staaten auf Verbrecher Jagd zu machen, die in letzter Zeit in Ortschaften in der Nähe der Grenze zahlreiche Einbrüche und Raubüberfälle verübt haben; außerdem soll gleichzeitig dem Schmuggel gesteuert werden. Die Grenzpatrouillen werden mit schnellfahrenden Automobilen und Motorrädern ausgestattet.

Deutscher Hotelbesitzer sagt, in allen Hotels in Ver. Staaten seien Bibeln und Spucknäpfe.

Berlin, 22. Mai. — Ewald Kretschmar, der Direktor einer Reihe von Hotels in Berlin und anderen Städten Deutschlands, ist von einer Rundfahrt durch die Ver. Staaten zurückgekehrt. In einer Versammlung des Vereins der Hotelbesitzer erklärte er, daß die amerikanischen Hotels sich durch die Anwesenheit zahlreicher Bibeln und Spucknäpfe auszeichneten. Bibeln und Spucknäpfe seien überall zu sehen gewesen. Von der Prohibition hat Herr Kretschmar nicht viel bemerkt.

Tod droht den jüdischen Studenten in Bukarest

In Temesvar traten 40,000 Studenten den rumänischen Faszisten bei

Bukarest, 22. Mai. — Die rumänischen Faszisten gaben heute Drohungen bekannt, daß weiterer Besuch der Universität Bukarest durch jüdische Studenten und Professoren ihren Tod zur Folge haben werde. Professor Reitzer wurde telephonisch benachrichtigt, daß er ermordet werden würde, sollte er versuchen, seine Vorlesungen wieder aufzunehmen. Eine große Zahl jüdischer Studenten sind mißhandelt worden.

Ein Bericht von Temesvar besagt, daß sich dort 40,000 Studenten haben einschreiben lassen, nachdem ein Aufruf der „Faszia Nationale Rumana" ergangen war, sich an dem „Kampf auf Leben und Tod gegen die Juden" zu beteiligen.

Kämpfe zwischen Grenztruppen gemeldet

Kämpfe zwischen bulgarischen und jugoslawischen Grenztruppen gemeldet.

Belgrad, 22. Mai. — Die bulgarische Regierung hat mehr als 5,000 Mitglieder der mazedonischen revolutionären Organisation in Bulgarien verhaften lassen. Zwei Generale und drei hervorragende Politiker sind unter den Verhafteten. Letzten Montag fanden heftige Kämpfe zwischen bulgarischen und jugoslawischen Grenztruppen statt. Die Kämpfe gingen auf jugoslawischem Gebiete vor sich. Auch an einem anderen Punkte griffen bulgarische Truppen eine Abteilung Jugoslawen an und töteten 10 Offiziere und 100 Mann, während mehrere hundert verwundet wurden. Die Lage ist kritisch, und die Bevölkerung in großer Aufregung.

„Columbus", größtes Schiff Deutschlands

Wird in den Lloyd-Dienst Bremen-New York eingestellt und 20 Knoten per Stunde machen.

New York, 22. Mai. — Der neue Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Columbus", Deutschlands größter und luxuriösester Passagierdampfer, wird seine Jungfernreise von Bremen nach New York am 11. Oktober antreten. Er registriert 32,000 Tonnen, ist 780 Fuß lang, 84 Fuß breit, mit 30,000 Pferdekräften ausgestattet, ein Oelbrenner und wird eine Geschwindigkeit von 20 Knoten die Stunde entwickeln. Raum für 428 Passagiere der 1., 600 der 2. und 1000 der 3. Klasse ist vorhanden.

„Der „Columbus" wird der erste einer Serie von vier Dampfern des Lloyd sein und war ursprünglich als Schwesterschiff der „Homeric" bestimmt, die nach dem Kriege an die White Star-Linie verkauft wurde.

Inhaltsverzeichnis

S. 1—Neues Gutmachungs-Angebot in Aussicht. — Premier Bonar Law resigniert. — Wheat Board noch immer in Frage. — Schaffung einer großen Arbeiter-Partei in Amerika.—Frachtraten auf den Großen Seen. — Neueste Nachrichten aus aller Welt.
S. 2—Editorielles. — Weltumschau. — Zur Unterhaltung und Belehrung.
S. 3—Weltumschau. — Kerenski in Berlin. — Bagdad-Bahn. — Amerikas Augen auf deutsche Bahnen gerichtet.
S. 4—Aus canadischen Provinzen. — Allgemeines.
S. 5—Neues Gutmachungs-Angebot in Aussicht. — Anzeige.
S. 6—Für unsere Hausfrauen. — Für unsere Farmer. — Für die Kinder.
S. 7—Schluß der Erzählung: „Die Sünden der Väter."
S. 8—Regina und Umgegend.
S. 9—Alberta-Nachrichten. — Allgemeines. Für Katholiken: Volksvereins-Nachr.
S. 10—Mitteilungen unserer Leser. — Allgemeines und Humoristisches.
S. 11—Kleine Anzeigen des „Courier". — Allgemeines.
S. 12—Holland und Deutschland. — Verteilung der deutschen Kolonien. — Amerikaner warnt vor Krieg.